

Bildungsthema 1-2008

Die sozialistische Alternative im Programm der DKP – Geschichte und Perspektiven

Vorbemerkungen: Es bietet sich – je nach Bedingungen und Voraussetzungen in den Gruppen - an, sich auf dem Bildungsabend entweder vor allem auf die Fragen 4 und 5 zu konzentrieren oder das Thema umfassender zu behandeln. Verwiesen sei hier insbesondere auch auf die Materialien der Bildungsthemen 2007 (Quellen und Bestandteile des Marxismus, materialistische Geschichtsauffassung, Produktivkräfte-Produktionsverhältnisse, Klassen, Klassenkämpfe, Revolutionen als „Lokomotiven der Geschichte“).

Mit diesem ausführlicheren Material wollen wir zugleich die Möglichkeit anbieten, auf aktuelle Bezüge, auf Klassiker- und Programmaussagen zurückzugreifen und Argumente im Zusammenhang insbesondere mit dem Begriff „demokratischer Sozialismus“ zu entwickeln.

Inhalt:

1. Frage: Es gibt einen Meinungswandel bei vielen Menschen, was ihre Haltung zu den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen betrifft. Kritik nimmt zu. Ergeben sich daraus schon neue Chancen für sozialistische Ideen und Gesellschaftsveränderungen?	2
2. Frage: Löst der „Demokratische Sozialismus“ die Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft? ...	6
3. Frage: Was verstehen Kommunistinnen und Kommunisten unter Sozialismus? Welche Grundsätze wurden von Marx und Engels betont?	8
4. Frage: Welche Lehren und Schlussfolgerungen sind durch uns aus der Niederlage von 1989/90 zu ziehen?	11
5. Frage: Vor welchen Herausforderungen steht der Sozialismus im 21. Jahrhundert?.....	17

Der Kapitalismus ist nicht nur zum Hemmnis für die Entwicklung der Menschheit geworden, sondern gefährdet die Existenz der menschlichen Gattung insgesamt. Die historische Entscheidung „Sozialismus oder Barbarei“ stellt sich heute in einer nie dagewesenen Schärfe.

(Vgl. auch Bildungsthema 2-2007)

Doch es existieren reale Möglichkeiten für gesellschaftliche Veränderungen. In Venezuela, Bolivien und anderen Ländern Lateinamerikas vollziehen sich – anders als in Europa sowie anderen Regionen der Welt und inspiriert durch das Vorbild der Kubanischen Revolution - bereits gesellschaftliche Umbrüche, die in den ersten Jahren nach der Niederlage des Sozialismus von 1989/90 noch undenkbar waren.

Im 2006 beschlossenen **Programm der DKP** wird die Frage nach dem Sozialismus unter den Bedingungen eines hochentwickelten kapitalistischen Landes – und unter Berücksichtigung der historischen Erfahrungen des Sozialismus in Europa – erörtert. Ursachen der Niederlage werden benannt, erste Schlussfolgerungen gezogen.

Unsere Überzeugung ist, dass der Weg zum Sozialismus nur durch die Sammlung und Formierung der Gegenkräfte, über Reformkämpfe, die Einschränkung der Macht des Großkapitals und durch antimonopolistische Umwälzungen geöffnet werden kann. Im Prozess antimonopolistischer Umwälzungen müssen, gestützt auf starke außerparlamentarische Bewegungen, die Organisationen der Arbeiterbewegung und auf den Auf-

bau einer neuen demokratischen Macht tief greifende politische und ökonomische Umgestaltungen eingeleitet werden, in deren Ergebnis die Macht des Monopolkapitals gebrochen wird.

„Die DKP ist stets davon ausgegangen, dass die antimonopolistische und die sozialistische Umwälzung miteinander verbundene Entwicklungsstadien in dem einheitlichen revolutionären Prozess des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus sind.

Antimonopolistische Umwälzung bedeutet eine Periode des revolutionären Kampfes...“ (Programm der DKP)

Wie dies konkret verlaufen wird, kann heute nicht vorausgesagt werden, obgleich sich bereits erste notwendige Schritte auf diesem Weg abzeichnen.

(Vgl. Programm der DKP. Abschnitt „Der Weg zum Sozialismus“)

Sicher aber ist: Der Sozialismus bedeutet die grundlegende Veränderung der Macht- und Eigentumsverhältnisse. Er kann dabei nur das Werk von Millionen von Menschen mit unterschiedlichen Wünschen, Vorstellungen und Überzeugungen sein, die gegen Ausbeutung, Krieg, Demokratieabbau, gegen die Verletzung elementarer Menschenrechte im Kapitalismus und die Zerstörung der natürlichen Umwelt aktiv werden und die das gemeinsame Ziel einer friedlichen, solidarischen und sozial gerechten Welt eint:

„Das Ziel der Deutschen Kommunistischen Partei, der Sozialismus, ist die grundlegende Alternative zum Kapitalismus. Er ist der Bruch mit der Geschichte der Ausbeutersysteme. Diese Perspektive hat ihre objektive Grundlage in den Widersprüchen der heutigen kapitalistischen Gesellschaft und ihre subjektive Voraussetzung im Handeln der Menschen.“ (Programm der DKP)

Noch aber ist eine solche Entwicklung in Europa nicht absehbar. Aber mit jedem Beispiel kämpferischer betrieblicher Auseinandersetzungen und sozialer Protestaktionen wächst die Möglichkeit, diese Kämpfe zu vernetzen und eine breite Bewegung gegen die herrschende Politik zu schaffen.

Was aber haben „Tagesfragen“ mit dem Sozialismus zu tun? Robert Steigerwald wies in seiner Schrift „Kommunistische Stand- und Streitpunkte“ (Schkeuditz 2002. S. 12) darauf hin, dass in den so genannten Tagesfragen immer Grundsatzfragen enthalten sind. „... wer nicht darüber diskutieren will, wie wir den Kapitalismus überwinden können, kommt mit der Problematik der Arbeitslosigkeit nicht klar.“

Wir Kommunistinnen und Kommunisten wollen dazu beitragen, dass sich in den aktuellen Abwehrkämpfen - unter Bedingungen der Defensive - eine außerparlamentarische Kraft formiert, die in der Lage ist, die Verhältnisse aufzubrechen und das Kräfteverhältnis zu verändern. Wir wollen strategische Orientierungen erarbeiten, Vorstellungen über eine gesellschaftliche Alternative, den Sozialismus, propagieren, Menschen davon überzeugen tätig zu werden mit der Perspektive einer grundlegenden Umgestaltung der Gesellschaft.

1. Frage: Es gibt einen Meinungswandel bei vielen Menschen, was ihre Haltung zu den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen betrifft. Kritik nimmt zu. Ergeben sich daraus schon neue Chancen für sozialistische Ideen und Gesellschaftsveränderungen?

Zunehmende soziale Unsicherheit, Arbeitslosigkeit, fehlende Zukunftsperspektiven für viele junge Menschen, Kriegsgefahr, Ressourcenverknappung und die Umweltzerstö-

rung sowie die drohende Klimakatastrophe und die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich haben selbst in den entwickelten kapitalistischen Ländern die Kritik am Kapitalismus neu belebt.

Zu den Fakten: Im Oktober 2006 stellte das Bundesamt für Statistik im „Datenreport 2006“ fest, hierzulande wachse die Zustimmung für den Sozialstaat und sogar den Sozialismus. Um Letzteres eindeutig feststellen zu können, waren die Fragen jedoch zu unspezifisch. Immerhin aber ergab sich aus der Umfrage eine eindeutige Tendenz.

In Zusammenarbeit mit dem Berliner Wissenschaftszentrum für Sozialforschung und dem Mannheimer Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen hatte man zunächst nach der Akzeptanz der gegenwärtigen Staatsform der BRD unter der Bevölkerung gefragt. Der Behauptung „Die Demokratie in Deutschland ist die beste Staatsform“ stimmten im Westen 2005 fast 30 Prozent nicht mehr zu (71 Prozent dafür) – im Osten wollten gar über 60 Prozent (38 Prozent dafür) von dieser Art „Demokratie“ nichts mehr wissen. Fünf Jahre zuvor war die Akzeptanz noch um etwa zehn Prozent größer (80 Prozent im Westen, 49 Prozent im Osten).

Die wachsende „Demokratieverdrossenheit“ wird, so die „Deutung“ des Datenreports, dadurch ausgelöst, dass die große Mehrheit etwas beibehalten will, was Politiker fast aller Parteien – getrieben von den Unternehmerverbänden und einem „mächtigen Chor der Medien“ – ihnen seit gut einem Jahrzehnt nehmen wollen: den demokratischen und sozialen Bundes- und Rechtsstaat nach Grundgesetz, Artikel 20 (die Bundesrepublik ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat, alle Staatsgewalt geht vom Volke aus, Widerstandsrecht u.a.) sowie Artikel 28.

Das aber bedeutet, dass es gar nicht um „Demokratieverdrossenheit“ geht, sondern zunächst um Kritik an den Folgen neoliberaler imperialistischer Politik des Abbaus von sozialen und politischen Rechten, der Deregulierung aller Lebensverhältnisse.

Das wurde in den weiteren Antworten deutlicher. Die Befragten sollten sich zudem zu dem Satz äußern: „Der Staat muss dafür sorgen, dass man auch bei Krankheit, Not, Arbeitslosigkeit und im Alter ein gutes Auskommen hat.“ 2004 stimmten 84 Prozent zu (im Osten 92 Prozent, im Westen 82 Prozent).

Das Statistische Bundesamt stellte in der Umfrage weiter die Frage, wie man zu folgender Aussage stehe: „Der Sozialismus ist im Grunde eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde.“ 2005 stimmten 52 Prozent für die Idee des Sozialismus (im Westen 46, im Osten 74 Prozent). Offenbar aber gab es keine Frage, ob man sich auch eine sozialistische Perspektive vorstellen könne.

Die Sozialisation nach 1990 habe, so die Verfasser der Studie, im Osten auch bei den Jüngeren noch nicht so gegriffen wie erwartet. Die Meinungsforscher erklärten, sie hätten die Frage absichtlich so gestellt, um jede Assoziation mit dem „realsozialistischen System der früheren DDR“ zu vermeiden. Sie hätten dann festgestellt, dass drei Viertel der Ostbevölkerung und fast die Hälfte der Westler so etwas wie eine „sozialistische Demokratie“ verlangten. Diese verbinde „zentrale Vorstellungen einer liberalen Demokratie wie die Gewährleistung von Freiheitsrechten und kompetitive Wahlen mit Vorstellungen einer ausgeprägten sozialen Gleichheit und Sicherheit sowie direkter Bürgerbeteiligung“. (Quelle: Herausgeber Statistisches Bundesamt: Datenreport 2006. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Auszug aus Teil II)

Das heißt nicht, dass die Befragten damit mehrheitlich eine sozialistische Gesellschaft meinen. Die Antworten bestätigen aber, dass es eine tiefe Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen Situation gibt und andere Lebensperspektiven erstrebt werden.

Angesichts solcher und ähnlicher Umfrageergebnisse bemerkte die FAZ am 18. Juli 2007, dass sich das Bewusstsein der Westdeutschen „in Sachen Sozialismus“ mehr den Ostdeutschen angepasst habe als umgekehrt.

In den letzten Monaten wurde die Aufregung noch größer. Mehr als 5 000 Jugendliche in vier Bundesländern wurden in den Jahren 2006 und 2007 von Wissenschaftlern des Forschungsverbands SED-Staat an der Freien Universität Berlin schriftlich befragt. Die Zehnt- und Elftklässer sollten per Fragebogen Aussagen bewerten wie „Ich finde es gut, dass in der DDR jeder einen Arbeitsplatz hatte, auch wenn der Staat die Löhne bestimmte und der Wohlstand gering war“. Vor allem die Arbeitsplatzgarantie wurde – offenbar völlig unerwartet für die Fragesteller - von nicht wenigen Schülerinnen und Schülern positiv bewertet. Auch der Familienzusammenhalt, die Kinderbetreuung, die Mietpreise und die Sportförderung in der DDR wurden positiv gesehen.

Angebliche DDR-Bürgerrechtler – wie auch rechtskonservative und sozialdemokratische Politiker – beklagten in diesem Zusammenhang die mangelnde Zivilcourage und Standhaftigkeit von Lehrern, die „nostalgische Verklärung der DDR“ durch Eltern, Sehnsucht nach dem Vergangenen, das Wirken von „Altkommunisten“ in der Partei „Die Linke“ und durch die DKP usw.

Die Mehrheit der Menschen lernt jedoch – trotz bürgerlicher Medienmacht und politischer Gegenpropaganda – immer noch aus eigenen Erfahrungen. Sie erleben, dass nach einigen Jahrzehnten relativer Sicherheit nun eine Situation zurück kehrt

„in der jeder plötzlich ein Verlierer, keiner sich seiner Sache mehr sicher sein kann. Viele Errungenschaften... werden durch die neoliberale Politik zunehmend demontiert, infrage gestellt oder – im Zuge einer Angleichung nach unten – ins Gegenteil verkehrt.

Zum ersten Mal in der jüngeren Geschichte stehen die jungen Generationen schlechter da als die Generationen, die ihnen vorangingen. Der durch den Klassenkampf erzwungene Zusammenhang von Produktivitätsfortschritt und sozialer Entwicklung wird aufgehoben. Errungenschaften in der gesellschaftlichen Infrastruktur wie z. B. Kinderbetreuung und Bildung werden abgebaut und die Privatisierung öffentlichen Eigentums wird forciert. Es findet ein sozialer und zivilisatorischer Rückschritt statt.“ (Programm der DKP, 2006)

Immer weniger Menschen in Ost- wie Westdeutschland haben aufgrund dieser realen Erfahrungen deshalb den Eindruck, dass sie heute in einem „demokratischen und sozialen“ Staat leben. Vor allem Menschen, die von Hartz-IV oder von Niedriglöhnen leben müssen, fühlen sich aus der Gesellschaft weitgehend ausgegrenzt. Aber die tägliche Unsicherheit betrifft auch Akademiker und andere Teile der so genannten Mittelschichten. Für einen großen Teil der Ostdeutschen sind Zuwendung, soziale Sicherheit, Zukunftssicherheit für die Familie und vor allem die Kinder, Gerechtigkeit, Solidarität, Friedenspolitik nur noch Erfahrungen aus einer anderen, vergangenen sozialistischen Gesellschaft, was nach wie vor notwendig und anstrebenswert ist. Damit verbindet sich indirekte oder teilweise schon offene Kritik an kapitalistischen Verhältnissen.

Es sind also die objektiven gesellschaftlichen Verhältnisse, die dazu führen, dass das ökonomische, soziale, politische System des Kapitalismus zunehmend kritisch gesehen wird. Es ist die gesellschaftliche Situation, in der sich Widersprüche zuspitzen, viele Menschen unzufriedener werden mit den Verhältnissen, mehr Menschen als zuvor die gesellschaftlichen Ursachen für den Sozialabbau und die Einschränkung ihrer Bürgerrechte in den kapitalistischen Verhältnissen erkennen.

Doch fehlen häufig noch klare Vorstellungen über die Tiefe der gesellschaftlichen Krisenentwicklung und über den Charakter einer historischen Alternative, erwächst meist aus der Kritik am Kapitalismus eben noch keine antikapitalistische Überzeugung.

Nach Lösungen unter den heutigen Bedingungen wird gesucht. Dabei wird von nicht wenigen Menschen im Land offenbar erhofft, es könne eine Rückkehr zum „Sozialstaat“ früherer Jahrzehnte geben.

In den auf dem 18. Parteitag der DKP beschlossenen Arbeitsvorhaben für 2008/ 2009 heißt es dazu, dass die DKP alle Kräfte „für die Verteidigung sozialstaatlicher Errungenschaften“ mobilisieren wird, denn es geht um die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Mehrheit der Menschen bzw. um die Verteidigung von Rechten. Aber:

„Eine Rückkehr zum ‚nationalen Sozialstaat‘ ist jedoch weder unser Ziel noch halten wir ihn heute für möglich. Der ‚sozialstaatlich regulierte‘ Kapitalismus war das Ergebnis einer besonderen historischen Konstellation. Heute bedingen globalisierter Kapitalismus und Neoliberalismus einander. Für den Bruch mit dem Neoliberalismus und einen Politikwechsel muss die Macht der Finanzmärkte, der Banken und der Multis eingeschränkt und gebrochen werden.“

Diese frühere historische Konstellation wurde vor allem auch durch die Existenz sozialistischer Staaten in Europa, insbesondere der DDR, geprägt.

In den letzten Jahren sind Protestbewegungen neu entstanden, mehren sich Aktionen gegen die Privatisierung öffentlichen Eigentums bzw. für Rekommunalisierung in Städten und Gemeinden, wird also – in einem bestimmten Rahmen - die Eigentumsfrage gestellt. Betriebliche und gewerkschaftliche Kämpfe nehmen an Umfang zu Menschen wehren sich zunehmend gegen die Verschlechterungen ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen. Es besteht damit die reale Möglichkeit, dass in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen Überzeugungen wachsen und sich das Bewusstsein für die Notwendigkeit eines grundsätzlichen Wandels entwickelt, sich die Perspektive einer besseren Gesellschaft abzeichnet. Die Überzeugung muss wachsen, dass auch der heutige Kapitalismus „in seinen konkreten Erscheinungsformen nicht als Naturgegebenheit, als Sachzwang einer Moderne oder als zivilisatorische Normalität aufzufassen“ ist, „sondern als eine historisch-konkrete Summe veränderlicher, letztlich materiell-ökonomisch bedingter gesellschaftlicher Beziehungen.“ (E. Hahn: Umbrüche? Auswege? In: Marxistische Blätter. Heft 5/1995. S.48)

Auf dem 18. DKP-Parteitag hatte Heinz Stehr darauf aufmerksam gemacht, dass in der gegenwärtigen Situation Kräfte links von der SPD beginnen Boden zu gewinnen, während „die Repräsentanten des neoliberalen Kapitalismus sich zunehmend delegitimieren – durch ihre Kriege, durch ihre Gier, durch Korruption, durch ihre BenQ's und Nokias.“ Dies eröffne neue Möglichkeiten, aber daraus ergeben sich auch Gefahren.

„Das eröffnet die Möglichkeit, durch grundsätzliche Kapitalismuskritik das Misstrauen gegenüber den Führungseliten dieses Systems weiterzuentwickeln; das birgt aber auch die Gefahr, dass ein politisches Vakuum entsteht und die Herrschenden dies nutzen, um massenhafte Zustimmung zu einem Übergang zu autoritären Herrschaftsformen zu organisieren.“

2. Frage: Löst der „Demokratische Sozialismus“ die Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft?

Es gab und gibt viele Vorstellungen über den Sozialismus / Kommunismus. Auch in der heutigen Situation. Es geht um Ideen, um theoretische Vorstellungen über Gesellschaftsveränderung und eine Gesellschaftsordnung, in der die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt ist, aber auch um die Notwendigkeit gesellschaftlicher Bewegungen und Aktionen als Voraussetzungen um eine solche Gesellschaft zu erkämpfen. Die breite Palette der Wortmeldungen reicht von Positionen, die im Grunde genommen Geschichte wiederholen bzw. kopieren wollen, bis zu solchen, aus denen nicht eindeutig klar wird, ob es dabei tatsächlich um eine neue Gesellschaft geht oder doch nur um „Reparaturen“ am Kapitalismus. Dabei spielt der Begriff „**demokratischer Sozialismus**“ eine Rolle.

Der Begriff „demokratischer Sozialismus“ der **SPD**, mit dem ja zunächst vorgetäuscht wird, dass die Partei eine andere Gesellschaft anstrebt, diente einst der deutlichen Abgrenzung von der Sowjetunion und den Kommunisten in Deutschland. Gemeint war nicht, dass der Sozialismus – in Abhängigkeit von den realen historischen Bedingungen – der breitesten Aktion und Mitwirkung der Mehrheit der Menschen bedarf. Der Sozialismus wurde weitgehend „ethisch“ gefordert. Nach 1945 wurde der Begriff „demokratischer Sozialismus“ als antikommunistischer Kampfbegriff im Kalten Krieg genutzt um jegliche Entwicklung in den Ländern zu diskreditieren und zu bekämpfen, die einen sozialistischen Entwicklungsweg eingeschlagen hatten, sowie um sich von linkssozialistischen und kommunistischen Positionen zu distanzieren. Er steht auch für die Praxis der Berufsverbote.

Beim Begriff „demokratischer Sozialismus“ im SPD-Programm geht es nicht um eine gesellschaftliche Alternative. Schon Helmut Schmidt hatte 1972 vor der Presse in Bonn erklärt, dass man die im Entwurf des SPD-Langzeitprogramms vorgenommenen „Konkretisierungen des demokratischen Sozialismus“ nicht als Systemüberwindung werten dürfe.

Auch deshalb ist es aus unserer Sicht mehr als problematisch, wenn in den gegenwärtigen programmatischen Eckpunkten, die ein wichtiges Gründungsdokument der Partei „**Die Linke**“ sind, auch vom „demokratischen Sozialismus“ gesprochen wird, wenn man aus der Geschichte lernen will. Denn mit dem Begriff verbinden sich historisch eben real Antikommunismus und Einbindung in den Kapitalismus.

Laut programmatischer Eckpunkte der Partei „Die Linke“ soll der „demokratische Sozialismus“ Ziel, Weg und Wertesystem sein. Alternative zum „entfesselten Kapitalismus“ sei „die solidarische Erneuerung und konsequent demokratische Gestaltung der Gesellschaft“. Die Frage nach den Macht- und Eigentumsverhältnissen wird jedoch nicht gestellt. Deshalb bleibt unscharf, ob sich hinter Formulierungen in den programmatischen Eckpunkten die Orientierung auf eine andere Gesellschaft verbirgt, für die nicht wenige Mitglieder dieser Partei nach wie vor eintreten, die natürlich – und darin stimmen wir völlig überein – der Auffassung sind, dass die neue Gesellschaft, der Sozialismus, nicht durchsetzbar, machbar, verteidigbar ist ohne die Aktivität der Mehrheit der Menschen, ohne wirkliche, sozialistische Demokratie. So fordert beispielsweise der Ältestenrat der Partei „Die Linke“ aktuell in der Debatte um das neue Parteiprogramm das sozialistische Profil zu schärfen und die „Systemfrage“ zu stellen:

„Wir meinen, dass die Zielsetzung ein Bekenntnis zum Sozialismus als Alternative zum Kapitalismus enthalten sollte.“

Dabei müssten in programmatischer Hinsicht einige wesentliche Eigenschaften und Prinzipien einer anzustrebenden sozialistischen Gesellschaft benannt werden...“ (Vgl. „junge Welt“. 28.3.2007. S. 11)

Sonst besteht die Gefahr, angesichts der Notwendigkeit, wahrscheinlich noch lange Zeit Reformkämpfe zu führen und vor der keine linke Organisation gefeit ist, im „reformistischen Sumpf zu ersticken“ (Robert Steigerwald: „Kommunistische Stand- und Streitpunkte“. Schkeuditz 2002. S. 12) und mit der SPD kompatibel zu werden. Die Mitglieder der Partei „Die Linke“ werden diese Debatte in den nächsten Monaten und vielleicht auch Jahren ebenso weiterführen wie die Diskussion um die Bewertung der Geschichte des Sozialismus.

Aus Sicht der DKP sind die Schranken des kapitalistischen Profitsystems und seine Widersprüche weder durch „Reparaturen“ am System noch durch „Einschränkungen“ oder eine „Zurückdrängung“ der Macht des Kapitals zu überwinden.

Zusammenfassend heißt es zum Kampf um Reformen im Programm der DKP:

„Die DKP geht davon aus, dass die Spielräume für soziale und demokratische Reformen infolge der weltwirtschaftlichen Verflechtungen und der Macht der Transnationalen Konzerne, der enormen Staatsverschuldung und des Wegfalls des politischen Reformdrucks mit dem Ende des realen Sozialismus in Europa heute außerordentlich eng geworden sind. Das bedeutet nicht, dass die Kommunisten den Kampf um Reformen aufgeben. Reformpolitik kann der politischen Konfrontation mit der Macht des Großkapitals, vor allem des Transnationalen Kapitals, nicht ausweichen, sondern muss auf sie orientieren. Das erfordert zumindest Eingriffe in die Verfügungsgewalt des Kapitals und wirft die Eigentumsfrage auf. Herkömmliche soziale und demokratische Reformen rücken so näher an die Notwendigkeit grundlegender antimonopolistischer Umgestaltungen heran.“

Reformkämpfe, Einschränkungen, Zurückdrängung der Macht des Kapitals können nur Schritte auf dem Weg zum grundlegenden Bruch mit den heute bestehenden Macht- und Eigentumsverhältnissen sein.

An der Macht- und Eigentumsfrage kann man sich nicht „vorbeimogeln“, wenn man eine grundlegende Veränderung der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse will. Das sollten wir offensiver in linke Debatten einbringen.

Hier gilt jedoch auch heute, worauf Friedrich Engels in seiner Schrift „Grundsätze des Kommunismus“ Ende 1847 hingewiesen hatte als er auf die Existenz unterschiedlicher sozialistischer Positionen in der damaligen Zeit aufmerksam machte. Er unterschied in diesem Zusammenhang zwischen „reaktionären Sozialisten“, „Bourgeoisozialisten“ und „demokratischen Sozialisten“. Im Zusammenhang mit Letzteren merkte er an (Frage 18 war die nach dem Entwicklungsgang der proletarischen Revolution), dass diese :

„auf demselben Wege wie die Kommunisten einen Teil der in Frage [18] angegebenen Maßregeln wollen, aber nicht als Übergangsmittel zum Kommunismus, sondern als Maßregeln, welche hinreichend sind, um das Elend aufzuheben und die Übel der jetzigen Gesellschaft verschwinden zu machen...“

Die Kommunisten werden deshalb in den Momenten der Handlung sich mit diesen demokratischen Sozialisten zu verständigen und überhaupt mit ihnen für den Augenblick möglichst gemeinsame Politik zu befolgen haben, sofern diese Sozialisten nicht in den Dienst der herrschenden Bourgeoisie treten und die Kommunisten angreifen. Dass diese gemeinsame Handlungsweise die Diskussion

der Differenzen mit ihnen nicht ausschließt, ist klar. (Marx/ Engels. Werke. Bd. 4. S. 370)

3. Frage: Was verstehen Kommunistinnen und Kommunisten unter Sozialismus? Welche Grundsätze wurden von Marx und Engels betont?

Die Frage nach der richtigen Gesellschaft ist so alt wie die Klassengesellschaft, ebenso der Traum von einer sozial gerechten, friedlichen Welt, einer wahrhaft humanen Gesellschaft, in der allen Menschen – unabhängig von ihrer Herkunft und ihren Fähigkeiten - ihre Würde garantiert wird, in der sie sich frei entfalten und entwickeln können. Diese Ideen entstanden schon in vergangenen Jahrhunderten immer in Konfrontation mit Ausbeutung und Unterdrückung, mit Krieg und Elend. Oft fanden sie ihre Widerspiegelung in Gesellschaftsutopien.

Marx und Engels deckten – ausgehend von einer dialektisch-materialistischen Betrachtung der Gesellschaft und ihrer Geschichte - die inneren Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft und die ihr immanenten Entwicklungstendenzen auf. Sie erkannten die darin liegenden objektiven Möglichkeiten ihrer Überwindung und des Übergangs zu einer neuen Gesellschaft, die agierenden Klassenkräfte, die Rolle der Arbeiterklasse sowie die Voraussetzungen eines solchen Übergangs.

(Vgl. Bildungsthema 1-2006/2007, siehe auch UZ-Beilage, 14. März 2008. S. I-IV)

Lenin schrieb 1894 in seiner Schrift „Was sind die Volksfreunde“ über Marx:

„Marx hat seit Beginn seiner literarischen und revolutionären Tätigkeit an eine soziologische Theorie die Forderung gestellt, den tatsächlichen Prozess getreu wiederzugeben, und weiter nichts ... In seinem ‚Kapital‘ hat er dieser Forderung in strengster Weise Genüge getan: Da er sich die wissenschaftliche Analyse der kapitalistischen Gesellschaftsformation zur Aufgabe gemacht hatte, setzte er einen Schlusspunkt, sobald nachgewiesen war, dass der sich vor unseren Augen tatsächlich abspielenden Entwicklung dieser Organisation eine bestimmte Tendenz innewohnt, dass sie unvermeidlich zugrunde gehen und sich in eine andere, eine höhere Organisation verwandeln muss.“ (Lenin. Werke. Bd. 1. S. 171/172)

Die allgemeinen unverzichtbaren Merkmale der sozialistischen Gesellschaftsordnung wurden von Marx und Engels also nicht am Schreibtisch „erdacht“, „konstruiert“, sondern als Resultat einer geschichtlichen Entwicklung erkannt.

Die neue Gesellschaft „entsteht“ nicht „zwangsläufig“ – durch eine über oder außerhalb des Handelns der Menschen „automatisch“ wirkenden Gesetzmäßigkeit – sondern nur durch das Handeln der Menschen. Das heißt, Veränderungen und grundlegende Umbrüche im Interesse der Unterdrückten, Ausgebeuteten und jede Entwicklung in der neuen Gesellschaft müssen immer erkämpft bzw. „erarbeitet“ werden.

Im Kommunistischen Manifest wurde, nachdem festgestellt wurde, dass sich die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft in Klassengegensätzen, „die in den verschiedenen Epochen verschieden gestaltet waren“ bewegte, formuliert:

„Die kommunistische Revolution ist das radikalste Brechen mit den überkommenen Eigentumsverhältnissen; kein Wunder, dass in ihrem Entwicklungsgange am radikalsten mit den überlieferten Ideen gebrochen wird...

der erste Schritt in der Arbeiterrevolution“ ist „die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse, die Erkämpfung der Demokratie... Das Proletariat wird sei-

ne Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staates, d. h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats zu zentralisieren und die Masse der Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren." (Marx/Engels. Werke. Bd. 4. Seite 480/481)

In seiner Schrift „Grundsätze des Kommunismus“ hatte Engels die Frage 18 „Welchen Entwicklungsgang wird diese Revolution nehmen?“ wie folgt beantwortet:

„Sie wird vor allen Dingen eine demokratische Staatsverfassung und damit direkt oder indirekt die politische Herrschaft des Proletariats herstellen. ...

Die Demokratie würde dem Proletariat ganz nutzlos sein, wenn sie nicht sofort als Mittel zur Durchsetzung weiterer, direkt das Privateigentum angreifender und die Existenz des Proletariats sicherstellender Maßregeln benutzt würde.... (Marx/Engels. Werke. Bd. 4. S. 372/373)

In Auswertung der Erfahrungen der Pariser Kommune von 1871 betonte Marx in einem Brief an Ludwig Kugelmann:

„Wenn Du das letzte Kapitel meines ‚Achtzehnten Brumaire‘ nachsiehst, wirst Du finden, dass ich als nächsten Versuch der französischen Revolution ausspreche, nicht mehr wie bisher die bürokratisch-militärische Maschinerie aus einer Hand in die andre zu übertragen, sondern sie zu zerbrechen, und dies ist die Vorbedingung jeder wirklichen Volksrevolution auf dem Kontinent.“ (Marx/ Engels. Werke. Bd. 33. S. 205)

In erster Linie ging es bei der Bestimmung der Grundcharakteristika der neuen Gesellschaft zunächst um

- Sturz der Bourgeoisieherrschaft, die Erhebung der Arbeiterklasse zur herrschenden Klasse, die Erkämpfung der Demokratie
- die Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln und
- die möglichst rasche Vermehrung der Produktivkräfte.

Die neue Gesellschaft „skizzierten“ Marx und Engels jedoch nur, zeigten Tendenzen auf, erläuterten, worin das Wesen und die Fortschritte dieser neue Gesellschaft bestehen und dass es um einen längeren gesellschaftlichen Entwicklungs- und Umgestaltungsprozess geht. Sie stellten Forderungen auf. Wie dieser Umbruch aber im konkreten historischen Prozess verlaufen würde, konnten sie nicht beantworten.

Das Ziel dieses grundlegenden gesellschaftlichen Umbruchs und einer länger währenden Übergangsperiode, in der Voraussetzungen geschaffen werden müssen, sahen Marx und Engels in der Assoziation freier Individuen, um die Marxsche revolutionär-humanistische Forderung „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist ...“ zu erfüllen. Ziel der gesellschaftlichen Umgestaltung ist also die allgemeine

„Assoziation aller Gesellschaftsmitglieder zur gemeinsamen und planmäßigen Ausbeutung der Produktivkräfte, die Ausdehnung der Produktion in einem Grade, dass sie die Bedürfnisse aller befriedigen wird, das Aufhören des Zustandes, in dem die Bedürfnisse der einen auf Kosten der andern befriedigt werden, die gänzliche Vernichtung der Klassen und ihrer Gegensätze, die allseitige Entwicklung der Fähigkeiten aller Gesellschaftsmitglieder durch die Beseitigung der bisherigen Teilung der Arbeit, durch die industrielle Erziehung, durch den Wech-

sel der Tätigkeit, durch die Teilnahme aller an den durch alle erzeugten Genüssen, durch die Verschmelzung von Stadt und Land - das sind die Hauptresultate der Abschaffung des Privateigentums.“ (Ebenda. S. 377)

Der Weg zu einer solchen Gesellschaft erfordert eine (längere) Übergangsphase. Zunächst, in einer ersten Entwicklungsphase einer Gesellschaft, die eben aus der kapitalistischen Gesellschaft hervorgegangen ist,

„also in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig, noch behaftet ist mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie herkommt“ gilt das Prinzip, dass „der einzelne Produzent - nach den Abzügen – exakt“ zurückerhält, „was er ihr gibt.“ (Marx/Engels. Werke. Bd. 19. S. 20)

„Die Vorstellung der sozialistischen Gesellschaft als des Reiches der Gleichheit ist eine einseitige französische Vorstellung, anlehnend an das alte ‚Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit‘, eine Vorstellung, die als Entwicklungsstufe ihrer Zeit und ihres Ortes berechtigt war, die aber, wie alle die Einseitigkeiten der früheren sozialistischen Schulen, jetzt überwunden sein sollten, da sie nur Verwirrung in den Köpfen anrichten und präzisere Darstellungsweisen der Sache gefunden sind.“ (Ebenda. Seite 7)

Weitere Einzelheiten konnten und wollten sie dagegen nicht voraussagen, auch wenn Marx und Engels beispielsweise im Zusammenhang auf Grund vor allem der Erfahrungen erster praktischer Versuche einer Umwälzung der kapitalistischen Verhältnisse wie der Pariser Kommune von 1871, ihre Vorstellungen zur Frage der Herrschaft der Arbeiterklasse, zum proletarischen Staat usw. konkretisierten. Die praktische Anwendung der Grundsätze, so Marx und Engels im Vorwort zur deutschen Ausgabe des „Manifestes der Kommunistischen Partei“ von 1872, „wird überall und jederzeit von den geschichtlich vorliegenden Umständen abhängen“. (Marx/Engels. Werke. Bd. 18. S. 95)

Als weitere Aufgaben nannte das „Manifest“ unter anderem als Sofort- und mittelfristige Maßnahmen:

„Vermehrung der Nationalfabriken, Produktionsinstrumente, Urbarmachung und Vermessung der Ländereien **nach einem gemeinschaftlichen Plan.**“ (Ebenda. S. 480/481)

Historisch erwies sich, dass die Zeitvorstellungen, von denen Marx und Engels ausgingen, nicht realistisch waren. Als offen bzw. nicht gelöst erwies sich auch anderes. Geld und Warenproduktion spielten in den bisherigen sozialistischen Gesellschaften anders als erwartet nach wie vor eine entscheidende Rolle. Die Missachtung oder Unterschätzung des Wertgesetzes führte in den sozialistischen Ländern nicht zu Fortschritten sondern zu Deformationen.

Marx und Engels waren sich stets bewusst, dass sie auf der Grundlage vorhandenen Wissens und aktueller Erfahrungen sowie erkennbarer Tendenzen der Entwicklung arbeiteten. Sie überprüften und korrigierten beständig die eigenen Auffassungen. Ohne Grundpositionen aufzugeben.

(Siehe auch den Abschnitt „Welche Lehren und Schlussfolgerungen sind aus der Niederlage von 1989/90 zu ziehen?“)

Als richtig, aber im konkreten Geschichtsprozess nur in einem widerspruchsvollen Prozess zu verwirklichen, erwiesen sich die entscheidenden Grundaussagen über die Notwendigkeit des revolutionären Bruchs mit den bestehenden Verhältnissen und das Wesen der neuen Gesellschaft.

☆

Mit der Niederlage des Sozialismus in Europa sind also nicht die marxistischen Vorstellungen über die Schranken des Kapitalismus und die Notwendigkeit einer neuen Gesellschaft widerlegt. Aber es gilt aus der Geschichte zu lernen, die neuen historischen Ausgangsbedingungen (Entwicklungsstand der Produktivkräfte, Entwicklungen der kapitalistischen Gesellschaft in Ökonomie, Politik usw., Veränderungen in der Arbeiterklasse) zu berücksichtigen und entsprechende Schlussfolgerungen zu ziehen.

Im Programm der DKP werden deshalb – nach einer umfassenden Analyse der heutigen kapitalistischen Gesellschaft - zunächst die wesentlichen Aussagen zum Sozialismus unterstrichen. Hervorgehoben wird das Wesen des Sozialismus als Bruch mit der Ausbeuterordnung.

Als grundlegende Merkmale der neuen Gesellschaft werden benannt:

- die Erringung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse im Bündnis mit den anderen Werktätigen;
- das gesellschaftliche Eigentum an allen wichtigen Produktionsmitteln, an den Finanzinstituten und Naturressourcen;
- damit wird die planvolle Nutzung und Mehrung des gesellschaftlichen Reichtums zum Wohle der Allgemeinheit und die immer bessere Befriedigung der wachsenden kulturellen Bedürfnisse möglich.

Betont wird, dass an die Stelle der chaotischen, auf Profitinteressen ausgerichteten, von Krisen geschüttelten kapitalistischen Konkurrenzwirtschaft eine nach wissenschaftlichen Kriterien gemeinschaftlich und verantwortungsbewusst geplante, von Solidarität getragene Produktionsweise tritt.

Der Sozialismus beseitigt die kapitalistischen Klassenprivilegien und überwindet im Zuge des Aufbaus der neuen Gesellschaft die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. All dies bestimmt das Wesen der sozialistischen Gesellschaft. Sie verwirklicht den Grundsatz: „Jeder nach seinen Fähigkeiten – Jedem nach seinen Leistungen.“

„Als erste Phase der kommunistischen Gesellschaftsformation ist der Sozialismus zugleich eine Etappe auf dem Weg zum Kommunismus, jener Gesellschaft, in der es keine Klassen mehr gibt; in der die Arbeit zum Wohle der Gesellschaft erstes Lebensbedürfnis geworden und die Warenform der Produkte aufgehoben ist. Dann werden die vergesellschaftete Produktion und die allseitige Entwicklung der Menschen einen solchen Stand erreicht haben, dass der Grundsatz „Jeder nach seinen Fähigkeiten – Jedem nach seinen Bedürfnissen“ in die Tat umgesetzt werden kann. Der Übergang zum Kommunismus wird in einem langen geschichtlichen Prozess durch den Aufbau des Sozialismus vorbereitet.“ (Programm der DKP, 2006)

4. Frage: Welche Lehren und Schlussfolgerungen sind durch uns aus der Niederlage von 1989/90 zu ziehen?

Erstens: Zunächst einmal gibt es keinen Grund für Kommunistinnen und Kommunisten, dem Druck nachzugeben und die Erfolge und Errungenschaften der sozialistischen Staaten, heute vor allem Kubas, sowie das humanistische Erbe der DDR zu leugnen.

Der Sozialismus hat 70 bzw. 40 Jahre gezeigt, dass eine Gesellschaft möglich ist, in der die Macht der Banken und Monopole beseitigt wurde. Das war die Voraussetzung dafür, dass solche humanistischen Errungenschaften wie die Friedenspolitik, der Antifaschis-

mus, die Beseitigung der Ausbeuterordnung, soziale Sicherheit, Solidarität usw. möglich wurden.

Diese Erfolge und Errungenschaften werden im DKP-Programm benannt. „Weil es nötig ist, dem Gegner, der jeglichen Dreck gegen die Idee und die Realität des Sozialismus verbreitet, entgegenzutreten. Wir haben es mit einer riesigen Gehirnwäsche zu tun...Weil es inzwischen siebzig Jahre positive und negative Erfahrungen mit einem Sozialismusmodell gibt und wir diese Erfahrungen aufarbeiten müssen...“ (Robert Steigerwald: „Kommunistische Stand- und Streitpunkte“. A.a.O. S. 12)

„Es ist unsere Aufgabe als Kommunistinnen und Kommunisten, die historischen Erfahrungen unserer Bewegung und des Aufbaus des Sozialismus zu bewahren, wenn wir uns nun unter neuen Bedingungen eine sozialistische Gesellschaft als Ziel setzen. Wir weisen antikommunistische Verfälschungen zurück. Wir verteidigen die Legitimität unserer Bewegung, die Millionen von Menschen im Ringen um ihre Rechte und um Frieden inspiriert hat. Wir halten die Erinnerung an diese Kämpfe wach... (Programm der DKP, Abschnitt „Der historische Weg der Kommunisten“)

Wenn wir die historische Einordnung der Entwicklung in diesen Ländern vornehmen, dann wäre vielleicht – im Vergleich zu anderen Gesellschaften und ihrer historischen Herausbildung – am ehesten der Begriff „früher Sozialismus“ oder „Frühsozialismus“ geeignet.

Zweitens: Betonen wir eben auch deshalb zugleich, dass ohne kritische Analyse der Vergangenheit, der Entwicklung des Sozialismus im 20. Jahrhundert wie der kommunistischen Bewegung, Kommunistinnen und Kommunisten keine glaubwürdigen Antworten in den heutigen Debatten um eine gesellschaftliche Perspektive geben können und auch nicht vermögen strategische Orientierungen für Gesellschaftsentwicklung zu erarbeiten.

Auch künftig sollten wir zunächst von jenen grundlegenden Überlegungen ausgehen, die auch das Herangehen bei der Erarbeitung und Diskussion des neuen Parteiprogramms der DKP an die Ursachen des Zusammenbruchs und der Zerschlagung des Sozialismus in Europa 1989/90 prägten und für Marxistinnen und Marxisten aus unserer Sicht unverzichtbar sind:

- So wie bei der Analyse der bestehenden kapitalistischen Verhältnisse kommt es auch im Zusammenhang mit der Untersuchung der Geschichte für dialektische Materialisten immer darauf an, von der Analyse der tatsächlichen, der bestimmenden materiellen gesellschaftlichen Verhältnisse auszugehen – und das waren und sind zunächst die historische Ausgangssituation des Sozialismus und die sich daraus ergebenden Bedingungen sowie die grundlegenden ökonomischen Verhältnisse.
- Im Produktionsprozess des materiellen Lebens der Gesellschaft liegt die Keimzelle des „gesellschaftlichen Gesamtorganismus“. Marx und Engels betonten, dass die „Produktion der Ideen, Vorstellungen, des Bewusstseins ... zunächst unmittelbar verflochten in die materielle Tätigkeit und den materiellen Verkehr der Menschen“ ist. „Die Menschen sind die Produzenten ihrer Vorstellungen, Ideen pp., aber die wirklichen, wirkenden Menschen, wie sie bedingt sind durch eine bestimmte Entwicklung ihrer Produktivkräfte und des denselben entsprechenden Verkehrs bis zu seinen weitesten Formationen hinauf.

...die ihre materielle Produktion und ihren materiellen Verkehr entwickelnden Menschen ändern mit dieser ihrer Wirklichkeit auch ihr Denken und die Produkte ihres Denkens.“ (Marx/Engels. Werke. Bd. 3, S. 26)

Deshalb dürfen vereinfachendes, einseitiges Herangehen an die Lösung komplexer, widersprüchlicher gesellschaftlicher Probleme, Verabsolutierung von Erkenntnissen, aber auch revisionistische Ideen nicht als „eigenständige Wesenheiten“ behandelt werden, die alle Entwicklung bestimmt und die Niederlage vorbereitet hätten. Sie müssen immer aus den realen Umständen und Bedingungen heraus erklärt werden unter denen sie entstehen und unter diesen Umständen und Bedingungen entfalten sie auch ihre Wirkungsmacht, können das Handeln von Menschen leiten. Nicht umgekehrt. Eine andere Betrachtungsweise würde die Aufgabe der dialektisch-materialistische Ausgangsposition zugunsten einer idealistischen Herangehensweise bedeuten.

- Dass der (wissenschaftliche) Sozialismus von seinem ersten Schritt an, also schon unmittelbar in der 1848er Revolution und danach und als Theorie und Bewegung erst recht sowie nach der Oktoberrevolution als Gesellschaftsordnung durch die alten Mächte mit allen Kräften bekämpft wurde, gehörte zu den Ausgangs- und Begleitbedingungen des Aufbaus der neuen Gesellschaft. Die Auswirkungen von Interventionen, Krieg, Sabotage, Blockade, Wirtschaftsembargo und psychologischer Kriegführung spielen eine entscheidende Rolle und haben die Entwicklungsmöglichkeiten des Sozialismus im 20. Jahrhundert wesentlich bestimmt. Hinzu aber kamen eigene politische Fehler, Fehlentscheidungen in der ökonomischen Entwicklung usw., kamen Irrtümer, Verletzungen sozialistischer Demokratie. Hinzu kamen – vor allem in den 30er Jahren – auch Verbrechen, Massenverfolgungen. „Zahllose Menschen, auch Mitglieder der KPdSU, der Roten Armee und der Kommunistischen Internationale fielen dem zum Opfer. Das hat dem Sozialismus und seinem Ansehen schwer geschadet“ (Programm der DKP). Diese Verbrechen sind durch nichts zu entschuldigen. Unsere Aufgabe ist es, vor allem jene Gründe zu analysieren, die die inneren objektiven wie subjektiven Bedingungen dieser Niederlage betreffen. Auch weil es uns um die kritische Überprüfung unserer Geschichte geht,

„um Denkweisen und Strukturen zu überwinden, die dem humanistischen Anspruch unserer Idee und Weltanschauung widersprechen.

Es geht uns um die Schlussfolgerungen, wie heute eine kommunistische Partei aussehen muss, die den revolutionären Kampf führt und mit der Arbeiterklasse und allen dazu bereiten Bündnispartnern eine neue Gesellschaft aufbauen will.“ (Programm der DKP, Abschnitt „Der historische Weg der Kommunisten“)

(Vgl. dazu auch W. Gerns: Der Sozialismus – Bilanz und Perspektive. Marxistische Blätter. Flugschriften 16)



Drittens: Einige Aspekte sollten weiter durchdacht werden. Dazu einige Anregungen.

(1) Die Revolution in Russland stand im Oktober 1917 am Anfang eines neuen Zyklus sozialer Revolutionen. Sie fand jedoch nicht in einem entwickelten kapitalistischen Land statt, sondern in einem halbfeudalen, in dem es nur eine zahlenmäßig kleine Arbeiterklasse gab und 1917 lediglich fünf große Industriezentren. Im Parteiprogramm der DKP heißt es zum historischen Ausgangspunkt:

„Eine schwach entwickelte Industrie und unterentwickelte Landwirtschaft, zum Teil noch verbreiteter Analphabetismus, fehlende bürgerlich-demokratische Tra-

ditionen, eine noch vorwiegend bäuerliche Bevölkerung und eine Arbeiterklasse, die sich unter diesen im Vergleich mit den entwickelten kapitalistischen Ländern rückständigen Bedingungen herausgebildet hatte, all das nahm in vielen Ländern, die einen sozialistischen Weg einschlugen, prägenden Einfluss auf die Entwicklung von Ökonomie und Politik“,

Entgegen der Leninschen Erwartungen – seine Hoffnung auf das revolutionäre Handeln der westlichen Arbeiterbewegung erwies sich als zu optimistisch - trat das deutsche Proletariat im November 1918 und danach nicht an die Seite Russlands. Das war die Folge der Politik der rechten Führung der SPD, der Noske, Scheidemann, Ebert.

Die Revolution verblieb in der Peripherie. Dass die Revolution nicht die kapitalistischen Zentren erfasste war aus heutiger Sicht ein wesentlicher Grund dafür, dass sich 70 Jahre später dieser erste Weg aus einer Gesellschaft der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, dieser Weg menschlicher Emanzipation zunächst erschöpft hatte.

(2) Ein weiterer Grund für die Niederlage war aus unserer Sicht, dass das „Sozialismusmodell“ der Entwicklung in der Sowjetunion nach dem zweiten Weltkrieg – trotz der teilweise völlig anderen historischen Voraussetzungen und spezifischen Bedingungen – auf die volksdemokratischen Länder in Osteuropa und auf den Osten Deutschlands übertragen wurde. Das wird im DKP-Programm hervorgehoben. Es gelang in der Folge nicht, die sozialistischen Gesellschaften in den einzelnen Ländern Osteuropas auf eigener Grundlage zu revolutionieren und damit neue Entwicklungsschübe auszulösen. Auch wenn es in diesem Rahmen durchaus eigenständige Entwicklungen wie das Neue Ökonomische System in der DDR in den 60er Jahren gab. Diese Entwicklung wurde jedoch abgebrochen.

Radikale Reformen, besser: **eine ständige revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft auf ihren eigenen Grundlagen**, wären nötig gewesen. Als dies erkannt und teilweise versucht wurde, war es zu spät, brach das Ganze auseinander. Wie dies ablief ist bekannt. Dabei hatte Marx doch einst betont:

„Proletarische Revolutionen dagegen, wie die des neunzehnten Jahrhunderts, kritisieren beständig sich selbst, unterbrechen sich fortwährend in ihrem eignen Lauf, kommen auf das scheinbar Vollbrachte zurück, um es wieder von neuem anzufangen, ... bis die Situation geschaffen ist, die jede Umkehr unmöglich macht...“.(Karl Marx/Friedrich Engels. Werke. Bd. 8. S. 118)

Das gilt für den Weg zum Sozialismus, vor allem aber auch für die Gestaltung der neuen Gesellschaft selbst. In jeder Etappe der neuen Gesellschaft ist darauf zu drängen, die neu entstehenden objektiven Entwicklungsmöglichkeiten zu erkennen, die Folgen in der Gesellschaft breit zu diskutieren, Ideen aufzugreifen, abzuwägen, zu entscheiden, beständig Fehler zu korrigieren und Neues zu erproben.

(3) Als in der Mitte des 20. Jahrhunderts die Entwicklung von Wissenschaft und Technik zu einer **wissenschaftlich-technischen Revolution** führte, waren die in Europa existierenden sozialistischen Staaten nicht in der Lage, darauf angemessen zu reagieren. Über längere Zeit wurde – vor allem in der Sowjetunion – diese Entwicklung sogar ignoriert. Die bis heute entscheidenden Entwicklungen in der Computer- und Informationstechnologie fanden nicht in den sozialistischen Ländern statt oder konnten durch die Industrie nicht umgesetzt werden.

Revolution und Gesellschaft des Sozialismus brachten zudem im Unterschied zur bürgerlichen Revolution und Gesellschaft keine neuen Produktivkräfte hervor:

„Bildlich formuliert, wurden die Produktivkräfte der (regional) gestürzten, (global) aber nicht überholten Gesellschaft verwaltet und quantitativ ausgeweitet, um ein relatives Gleichgewicht zwischen den Systemen zu gewährleisten“. (M. Kossok: Was bleibt von der Revolution und ihrer Theorie? In: Z. Nr.12/ 1992. S.13)

(4) Im Mai 1990 schrieb Uwe-Jens Heuer in seinem Buch „Marxismus und Demokratie“:

„Es hat sich gezeigt, dass diese Form des Sozialismus vor allem auf ökonomischem Gebiet und auf dem Feld der Demokratie dem Kapitalismus immer weniger gewachsen war“. (Uwe-Jens Heuer: Marxismus und Demokratie. Baden-Baden 1990. S.XI)

Vor allem die wissenschaftlich-technische Revolution hatte – nehmen wir die Erfahrungen der DDR - zur Herausbildung entsprechender Widersprüche in Ökonomie und demokratischer Gestaltung der Gesellschaft geführt, die letztlich nicht gelöst werden konnten.

Die Zeiten des Aufbaus der Industrie aufgrund von Unterentwicklung, Kriege usw. forderten bestimmte strenge, administrative und zentralistische Formen der Leitung der Gesellschaft und der Volkswirtschaften. Neue Technologien, die Revolution in Wissenschaft und Technik, das hohe Bildungsniveau der durch die sozialistische Gesellschaft ausgebildeten Facharbeiter, Ingenieure, Wissenschaftler usw., die Entwicklung der Bildung, der Kultur usw. benötigten **spätestens seit den sechziger Jahren** ein ganz **anderes Herangehen an die Leitung und Planung der Gesellschaft**. Um nur einige Aspekte zu nennen: Dezentralisierung, Entwicklung von Verantwortung und Entscheidungsmöglichkeiten vor Ort, Entfaltung von Initiative, Selbstorganisation innerhalb eines planmäßig organisierten gesellschaftlichen Ganzen.

Ein weiterer Punkt ist, dass es eben nicht mehr nur die Arbeiterklasse ist, die ein objektives Interesse am Sozialismus hat:

„Andere gesellschaftliche Kräfte können aus unterschiedlichen Gründen zu der Einsicht gelangen, dass der Kapitalismus durch den Sozialismus überwunden werden muss. Der Arbeiterklasse kommt jedoch nach wie vor wegen ihrer Stellung in den Produktionsverhältnissen die entscheidende Bedeutung für den erfolgreichen Kampf um den Sozialismus zu. Nur wenn sie in ihrer großen Mehrheit von der Notwendigkeit der Überwindung des Kapitalismus überzeugt ist und dafür bewusst handelt, kann sie zum Magneten für die Einbeziehung anderer sozialer Schichten und politischer Kräfte in den Kampf um den Sozialismus und den Aufbau der neuen Gesellschaft werden.

Die DKP sieht es als ihre Aufgabe, diesen Prozess zu fördern.“

Wie also gelingt es anders als bisher, die unterschiedlichen Kräfte, die für den Sozialismus eintreten, dafür auch dauerhaft zu gewinnen? Das Mehrparteiensystem, das in der DDR und einigen anderen osteuropäischen Ländern existierte, kann ein Vorbild für einen künftigen Sozialismus sein, aber es konnte – ebenso wie die Entwicklung und Existenz breiter Massenorganisationen – dieses Problem nicht lösen.

Für Viele erwiesen sich die eigenen Wirkungsmöglichkeiten als zu gering, die Mitsprache- und Entscheidungsmöglichkeiten, das Gefühl, selbst Gestalter der neuen Welt zu sein. Auch deshalb brachen in der Gesellschaft zunehmend Widersprüche auf, die letztlich systemzerstörend wirkten.

Offenbar sind Fragen der unmittelbaren demokratischen Mitwirkung, der Veränderung vor Ort bzw. im regionalen Bereich, des ständigen Austauschs und der Diskussion auch über gesamtgesellschaftliche Probleme und der gemeinsamen Suche nach Lösungen

viel stärker zu beachten. Ob man hier in diesem Zusammenhang aus den in Venezuela und anderen Ländern Lateinamerikas neu entstandenen oder entstehenden Formen unmittelbarer demokratischer Mitwirkung lernen kann, wird die weitere Entwicklung zeigen.

In seinem letzten Lebensjahr schrieb Friedrich Engels in der Einleitung zu einer Neuauflage von Marx' „Klassenkämpfe in Frankreich“:

„Wo es sich um eine vollständige Umgestaltung der gesellschaftlichen Organisation handelt, da müssen die Massen selbst mit dabei sein, selbst schon begriffen haben, worum es sich handelt, für was sie mit Leib und Seele eintreten.“ (MEW. Bd. 22. S. 523)

Nur dann werden sie auch die erreichten Errungenschaften mit aller Kraft verteidigen. Der Sozialismus kann – so die Erfahrung und Folgerung aus der Geschichte - nur das Ergebnis des aktiven Wollens und Handelns der Arbeiterklasse und der mit ihr verbundenen Kräfte, das Ergebnis von demokratischen Massenaktionen sein. Er bedarf der Zustimmung und der aktiven Gestaltung durch die Mehrheit des Volkes und der organisierenden Kraft einer revolutionären Partei. (Programm der DKP)

(5) Willi Gerns erinnerte in der AG „Sozialismus – die historische Alternative“ des Hearings der Programmkommission der DKP am 17. April 2004 auch auf andere Schlussfolgerungen für die Zukunft. Im Zusammenhang mit kritischen Beiträgen in der Parteidiskussion zur Frage der sozialistischen Demokratie (Diskussionen über die Rolle der Partei, ein Mehrparteiensystem mit der Möglichkeit der Abwahl, Gewaltenteilung) machte er darauf aufmerksam, dass wir mit Recht „auf die Beschränktheit der bürgerlichen Demokratie, auf ihre durch die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse gesetzten Schranken“ hinweisen:

„Zugleich stellt die bürgerliche Demokratie jedoch einen gewaltigen zivilisatorischen Fortschritt gegenüber vorangegangenen Herrschaftsformen und natürlich auch im Vergleich zur faschistischen Diktatur dar. Engels spricht 1891 in seiner Kritik des Erfurter Programms sogar davon, ‚dass unsere Partei und die Arbeiterklasse nur zur Herrschaft kommen kann unter der Form der demokratischen Republik.‘ Diese sei sogar ‚die spezifische Form der Diktatur des Proletariats.‘ Darum kann es nicht darum gehen, die Errungenschaften der bürgerlichen Demokratie in Bausch und Bogen einfach über Bord zu werfen. Vielmehr geht es um deren dialektische Aufhebung in einer höheren Form der Demokratie. Diese hat ihre materielle Grundlage in den sozialistischen Eigentumsverhältnissen, die es ermöglichen, aus formal gleichen Rechten wirklich gleiche Rechte zu machen. Die Formen und Instrumente, die die bürgerliche Demokratie hervorgebracht hat, alternative Wahlen, Menschenrechte, Gewaltenteilung, können und müssen auf der neuen materiellen Grundlage erhalten und bereichert werden, so z.B. dadurch, dass die politischen durch die sozialen Menschenrechte ergänzt und abgesichert werden.“

Die Notwendigkeit einer solchen Herangehensweise hat Rosa Luxemburg in ihrem Manuskript „Zur russischen Revolution“ bekanntlich nachdrücklich unterstrichen. Leider wurden ihre angesichts unserer heutigen Erfahrungen geradezu prophetischen Hinweise von der kommunistischen Bewegung nicht beachtet und sogar als „Luxemburgismus“ des Abgehens vom Marxismus bezichtigt.“

(6) Welche Rolle muss eine **kommunistische Partei im Sozialismus** übernehmen? Führende Kraft? Was heißt das denn?

Sie darf keine Organisation für Karrieristen sein, auch kein Ort für „Alles- und Besserwischer“. Die Partei, die sich auf den wissenschaftlichen Sozialismus gründet führt nicht dadurch, dass sie einen Anspruch darauf erhebt, sie muss sich die Autorität durch die Arbeit ihrer Mitglieder, ihre Ehrlichkeit und Zuverlässigkeit, durch die besseren Argumente im Vergleich zu anderen Kräften des Sozialismus, vor allem aber durch Kompetenz, durch die offene Annahme und Diskussion von Kritik, durch die Korrektur eigener Fehler und des offenen Umgangs damit ständig neu erarbeiten:

„Die Aufgabe der marxistischen Partei sollte ... darin bestehen, im Wettstreit mit anderen politischen Kräften strategische Orientierungen für die weitere Gestaltung des Sozialismus zu erarbeiten und dafür Mehrheiten zu gewinnen, sozialistisches Bewusstsein in den Massen zu entwickeln und sie für das selbstständige, initiativreiche Wirken für den Sozialismus und seine Verteidigung gegen die Konterrevolution zu mobilisieren. Das erfordert allerdings gründliche Veränderungen in den kommunistischen bzw. sozialistischen Parteien selbst. Der Glaube, das Wahrheitsmonopol gepachtet zu haben, muss aufgegeben werden. Marxismus-Leninismus muss wieder als eine schöpferische, sich in der verändernden Wirklichkeit entwickelnde Wissenschaft praktiziert werden, gerade in regierenden kommunistischen Parteien müssen streitbare Diskussionen um mögliche Varianten und Alternativen selbstverständlich sein, im demokratischen Zentralismus muss das Element der Demokratie und damit auch die Parteibasis den notwendigen Platz erhalten.“ (Siehe Willi Gerns: Der Sozialismus - Bilanz und Perspektive.)

(Vgl. Programm der DKP, Abschnitt „III. Der Sozialismus – die historische Alternative zum Kapitalismus. Das sozialistische Ziel“, vgl. Hearing der Programmkommission der DKP zur DKP-Programmdebatte. 17. April 2004. Hrsg. Parteivorstand der DKP. Eigendruck 2004)

5. Frage: Vor welchen Herausforderungen steht der Sozialismus im 21. Jahrhundert?

Voraussagen für den künftigen Sozialismus sind im Einzelnen nicht möglich. Eine ganze Reihe von Fragen wird zu beantworten, auch neue Probleme werden zu lösen sein. Das betrifft die Triebkräfte des Sozialismus, die Frage nach dem gesellschaftlichen Eigentum, nach der Rolle des Staates, nach konkreten Institutionen, nach Formen sozialistischer Demokratie und vieles andere mehr.

Der berühmte Physiker Albert Einstein stellte 1949 in seinem Aufsatz „Why Socialism“, erstmals 1949 in der ersten Ausgabe der Zeitschrift ‚Monthly Review‘ veröffentlicht, fest, dass die „räuberische Phase“ der menschlichen Entwicklung auch in der damaligen Zeit nicht wirklich überwunden war:

„Die wahrnehmbaren ökonomischen Fakten gehören zu eben dieser Phase und selbst diejenigen Gesetze, die wir aus ihnen ableiten können sind nicht auf andere Phasen anwendbar.“ Das reale Ziel des Sozialismus sei, „genau über diese räuberische Phase menschlicher Entwicklung zu siegen und diese zu überwinden...“

Zum Zweiten ist der Sozialismus auf ein sozial-ethisches Ziel ausgerichtet...wenn diese Ziele nicht totgeboren, sondern vital und kraftvoll sind - werden sie von den vielen Menschen übernommen und weitergetragen, die teilweise unbewusst die langsame Weiterentwicklung der Gesellschaft bestimmen.

...Dennoch muss daran erinnert werden, dass eine Planwirtschaft noch kein Sozialismus ist. ... Sozialismus erfordert die Lösung einiger äußerst schwieriger soziopolitischer Probleme: Wie ist es angesichts weitreichender Zentralisierung politischer und ökonomischer Kräfte möglich, eine Bürokratie daran zu hindern, allmächtig und maßlos zu werden? Wie können die Rechte des Einzelnen geschützt und dadurch ein demokratisches Gegengewicht zur Bürokratie gesichert werden? In unserem Zeitalter des Wandels ist Klarheit über die Ziele und Probleme des Sozialismus von größter Bedeutung...(Vgl. <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/science/einsteinjahr2.html>)

Künftige sozialistische Gesellschaften werden sich in vielem von denen unterscheiden, die im 20. Jahrhundert in Europa aufgebaut wurden. Aber die Macht- und Eigentumsfrage wird gestellt und beantwortet werden müssen. Die historischen Voraussetzungen werden andere sein. Das betrifft

- die internationale Situation. Auch wenn in einzelnen Ländern möglicherweise Umgestaltungsprozesse beginnen werden, gehen wir davon aus, dass angesichts der voranschreitenden Internationalisierung der Wirtschaft und der Integrationsprozesse im Rahmen der EU, „der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung wahrscheinlich nur im Rahmen gleichgerichteter Umwälzungsprozesse in den anderen Hauptländern der Europäischen Union und der damit möglich werdenden Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses realisierbar ist.“ (Programm der DKP) Es ist denkbar, dass in dieser Hinsicht auch die derzeitigen Entwicklungen in Lateinamerika zu neuen Erkenntnissen führen.
- den Entwicklungsstand der Produktivkräfte, die schon heute völlig neue Möglichkeiten für die Befriedigung materieller und geistiger Bedürfnisse der Menschen, für ihre Gesundheit und für Produktions- und Kommunikationsprozesse eröffnen. Zentrale Planungs- und Leitungsprozesse, der Informationsaustausch in der Gesellschaft zwischen allen Ebenen können effektiviert werden. Aufgrund der gewachsenen Produktivität könnte bei deutlich kürzerer Arbeitszeit und Vollbeschäftigung mehr Freizeit für Familie, Erholung, für Bildung, Kultur, Sport, ehrenamtliche Tätigkeit zu Verfügung stehen usw. usf.
- die veränderten Erwartungen der Menschen in Bezug auf direkter Beteiligung an der Gestaltung der gesellschaftlichen Prozesse sowie an die gesellschaftliche Kontrolle und Eingriffsmöglichkeiten.

Auf der anderen Seite wird diese neue Gesellschaft damit konfrontiert sein, dass

- die durch den Kapitalismus bedingten Ungleichheiten und Zerstörungen weiter gewachsen sind;
- viele der bisher genutzten Naturre Ressourcen rasant schwinden;
- Klimaveränderungen das Leben der Menschen und die Natur wesentlich beeinflussen werden und Lösungen gefunden werden müssen um Auswirkungen zu mindern und bestimmte Entwicklungen vielleicht noch zu stoppen. Dabei wird es nicht nur um Energieeinsparungen, „abfallfreie“ Produktionskreisläufe usw., sondern auch um die Frage nach der Veränderung von Lebensverhältnissen in den bisherigen Hauptländern des Kapitals gehen müssen.

Angesichts der heutigen Entwicklung wird deutlich: Tatsächliche Lösungen sind nur in einer friedlichen, kooperierenden und solidarischen, in einer sozialistischen Welt denkbar. Mit dem Sozialismus geht es um die Durchsetzung einer Entwicklungsrichtung der Produktivkräfte, mit der zugleich ihre soziale, ihre kulturelle sowie ihre humane Funktion

verwirklicht werden kann. Es geht um eine Entwicklungsrichtung, mit der das, was wissenschaftlich möglich, technisch machbar, ökonomisch umsetzbar, vor allem auch im Interesse der Mehrheit der Menschen notwendig und human und ökologisch vertretbar ist.

Der Maßstab für den Sozialismus ist eine gesellschaftliche Entwicklung, in der alle Menschen zugleich entsprechend ihrer Möglichkeiten all ihre Fähigkeiten entwickeln und ein selbstbewusstes, selbstbestimmtes Leben führen können.

Aber diese Gesellschaft, wird sich endgültig erst dann gegenüber dem Kapitalismus durchgesetzt haben, wenn sie

„als Weltsystem eine Produktions- und Konsumtionsweise verwirklicht, die für die ganze Menschheit verallgemeinerbar ist, der Zerstörung der natürlichen Umwelt ein Ende setzt und die schreienden Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten korrigiert, die der Kapitalismus hervorgebracht hat. Der Aufbau des Sozialismus im Weltmaßstab wird sich daher mit Notwendigkeit in einem langen geschichtlichen Prozess vollziehen.“ (Programm der DKP)

(Vgl. Bildungsthema 2-2007)

Die positiven Erfahrungen, die in der Entwicklung des realen Sozialismus gewonnen wurden, müssen genutzt werden um Erfahrungen aus Lösungen im Bildungs-, im sozialen Bereich, im Kultur- und Wissenschaftsbereich, im Gesundheitswesen usw. usf. für die Zukunft nutzbar zu machen. Aber auch problematische und Fehlentwicklungen sind zu analysieren um gründlich und umfassend aus Fehlern im ökonomischen Bereich, bei der Durchsetzung sozialistischer Demokratie, der Verletzung von humanistischen Grundsätzen usw. zu lernen. Vor allem aber werden künftige Generationen beim Aufbau der neuen Gesellschaft Lösungen finden müssen, deren Konturen wir heute allenfalls erahnen können.

Literatur:

- Programm der DKP
- Bildungsthema 2 – 2007. Die Welt, in der wir leben: Krieg, Ausbeutung, Unterdrückung, Massenarbeitslosigkeit, Ausplünderung von Naturressourcen, Widerstand (Langfassung. Abschnitt 4 „Eine andere Welt, der Sozialismus ist nötig!“)
- Bildungsthema 3 – 2007.
- W. Gerns: Der Sozialismus. Bilanz und Perspektive. Marxistische Blätter. Flugschriften 16
- Hearing der Programmkommission der DKP zur DKP-Programmdebatte. 17. April 2004. Hrsg. Parteivorstand der DKP. Eigendruck 2004
- R. Steigerwald: Kommunistische Stand- und Streitpunkte. Schkeuditz 2002.
- Übergänge zum Sozialismus. Streit unter Linken. Marxistische Blätter. Heft 3 - 2004
- Marxistische Blätter. Heft 3 – 2008 (Arbeitstitel: Marxismus-International, erscheint Mitte Mai)
- Nina Hager: Es gibt kein Ende der Geschichte. Eindrücke von einer Konferenz zur Oktoberrevolution. UZ vom 30.11.2007.S. 15